Corona-Politik: „Aus dieser Schuld können wir die Politiker nicht entlassen“

Professor Christoph Lütge, Wirtschaftsethiker an der Technischen Universität München, saß nur wenige Monate im Ende 2020 gegründeten Bayerischen Ethikrat. Nach Kritik an der Corona-Politik berief ihn die Bayerische Staatsregierung Anfang 2021 aus dem Gremium ab. Gegenüber Multipolar spricht Lütge über die damaligen Ereignisse, über entzogene Mündigkeit, wachsende Wut und verlorenes Vertrauen in der Bevölkerung.

CAMILLA HILDEBRANDT, 30. Oktober 2026, 0 Kommentare

Multipolar: *Herr Lütge, was ist damals in Kurzform geschehen?*

Lütge: Ich habe öffentlich Kritik an den Lockdown- und den übrigen Corona-Maßnahmen geäußert und wurde infolge einer orchestrierten Kampagne entfernt.

Multipolar: *Eine Kampagne von welcher Seite?*

Lütge: Noch vor dem Rauswurf habe ich Interviews gegeben, bei Bild, im Bayerischen Rundfunk und in anderen Medien, und immer wieder auf das Durchschnittsalter der Corona-Toten hingewiesen. Die Kampagne wurde mit einem Artikel in der Süddeutschen Ende Januar lanciert, unter Beteiligung der Staatskanzlei, Florian Herrmann. Beteiligt waren auch akademische Stimmen und Mitglieder des Ethikrats, insbesondere die Vorsitzende und der Soziologieprofessor Armin Nassehi von der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU). Sie haben mich pauschal in die Ecke gestellt, ich wolle alte Menschen sterben lassen. Darauf folgte die Entlassung.

Multipolar: *Wie lief die Arbeit im Ethikrat damals eigentlich konkret ab? Das Gremium konstituierte sich im Dezember 2020, zwei Monate später wurden Sie schon wieder abberufen. Gab es in der Zwischenzeit dort Diskussionen über Corona?*

Lütge: Es gab in der Zeit nur eine einzige Online-Sitzung, an der nahm ich teil. Es wurde dabei nicht sehr viel inhaltlich diskutiert, es wurden hauptsächlich drei Papiere zu einzelnen Unterthemen in Auftrag gegeben. Eins davon

erklärte ich mich bereit zu verfassen, zum Thema Ethik und KI. Ansonsten warf ich noch die Frage auf, ob der Ethikrat die Belange von Kindern und Jugendlichen, die nicht zu Risikogruppen gehören, nicht ebenfalls mitberücksichtigen müsse. Dies wurde jedoch sofort von der Vorsitzenden abgebügelt.

Multipolar: *Arbeitet der Bayerische Ethikrat derzeit noch?*

Lütge: Ich sehe und lese nichts mehr von diesem Rat. Wenn er mit Reichweite publizierte, müsste er auffallen. Er besteht weiter, und am Verfahren der Berufung hat sich nichts geändert. Anders als beim Deutschen Ethikrat, dessen Mitglieder von den Parteien nominiert und dann bestätigt werden, beruft hier allein die Landesregierung. Das ergibt keine Unabhängigkeit.

Multipolar: *Das scheint Sie aber bei Ihrer Berufung nicht gestört zu haben.*

Lütge: Grundsätzlich gebe ich solchen neuen Gremien zunächst einen Vertrauensvorschuss: mal sehen, ob es funktioniert. Es zeigte sich hier aber sehr schnell, dass das nicht der Fall war.

Multipolar: *Und wie beurteilen Sie die Arbeit des Deutschen Ethikrats, der schon länger besteht als sein bayerisches Pendant?*

Lütge: Auch der Deutsche Ethikrat, der ab und zu aktiv ist, hat an Ansehen verloren. Das gilt für beide, auch wenn dort inzwischen zum Teil andere sitzen. Als die Amtszeit von Frau Buyx endete, hätte man neu ansetzen können und hat es nicht getan. Armin Nassehi ist in den Deutschen Ethikrat gekommen. Das überrascht angesichts der Mechanismen nicht. Ich erwarte nicht, dass man mich beruft. Aber die Chance, ihn neu aufzustellen, wurde nicht genutzt. Grundsätzlich sehe ich einen Sinn in Ethikräten. Aber sie müssen unabhängig sein, und die Politik darf nicht hineinregieren. So aufgestellt bringen sie nichts, auch der Deutsche Ethikrat nicht. Weite Teile der Öffentlichkeit nehmen sie nicht mehr ernst, und das nützt auch der Ethik nicht. Ein völlig unabhängiger Rat wäre denkbar. Eine schlechte Idee wäre das nicht.

Multipolar: *Wer sollte einen solchen Rat denn berufen?*

Lütge: Das Optimum gibt es sicher nicht, aber wie gesagt, das Verfahren beim Deutschen Ethikrat ist besser – allerdings hat mich auch hier verwundert, dass einige Kandidaten, die 2024 im Gespräch waren, nicht bestätigt wurden, weil man befürchtete, sie könnten Themen des Ethikrats in den sozialen Medien diskutieren. Das ist nun wirklich das Letzte: Ethik muss öffentlich sein, aktuelle ethisch relevante Themen müssen öffentlich diskutiert werden können. Wer Angst vor Öffentlichkeit hat, betreibt keine Ethik mehr. Insofern ist auch das Verfahren beim Deutschen Ethikrat, das zwar nicht in der Hand einer Landesregierung, aber immer noch in den Händen von Politik und insbesondere auch Parteien ist, suboptimal. Vielleicht wäre eine Mischung von Berufungen durch Politik und politikunabhängige Stellen am besten.

Multipolar: *Rückblickend, was hat diese Zeit mit Ihnen gemacht? Sie wurden in der Presse scharf kritisiert.*

Lütge: Geärgert hat mich, dass man Dinge vorgeschoben hat: man sagte, ich hätte gegen die Geschäftsordnung gehandelt und im Namen des gesamten Rates gesprochen. Beides traf nicht zu und lässt sich auch nachweisen. Man hat Dinge erfunden und war bereit, aus politischen Gründen die Wahrheit zu verdrehen. Das hatte ich nicht erwartet, dass man so weit gehen würde. Ich bin kein schreckhafter Mensch und bin also in die Offensive gegangen: Interviews in anderen Medien, später mit Ihnen, unmittelbar nach Bekanntwerden etwa in der Neuen Zürcher Zeitung.

Publik wurde der Rauswurf erst über die Bild-Zeitung. Mit diesen und anderen Medien habe ich durchweg gesprochen, und diese Linie halte ich auch heute nach Jahren weiterhin für richtig. Durch die Veröffentlichung der RKI Files – der Corona-Protokolle des Robert-Koch-Instituts –, durch wissenschaftliche Publikationen wie die Cochrane-Studie, welche die Unwirksamkeit von Maskenpflichten belegt, und etwa auch das Verfahren gegen Anthony Fauci, den führenden Corona-Berater der US-Regierung, wird mehr Menschen klar, was geschehen ist.

Multipolar: *Anders als manche Kritiker, haben Sie Ihren eigentlichen Job, ihre Uni-Professur, nicht verloren. Aber hat es Sie als Mensch unberührt gelassen?*

Lütge: Nein. Hinzu kam eine Cancel Culture in Teilen meines Bereiches. Ich arbeite in der Wirtschafts- und vor allem in der KI-Ethik, die sehr wichtig ist. Gerade KI und Ethik ist ein Thema, das überall gefragt ist und bei dem ich stark international unterwegs bin. Aber in Deutschland wollen bestimmte Kreise das dann nicht mehr. Ich wurde zu Tagungen eingeladen, sollte auf Panels sprechen, und wurde wieder ausgeladen, nachdem man auf meine kritischen Äußerungen aus der Corona-Zeit gestoßen war. Ein Fall lag noch in diesem Jahr: erst wurde ich eingeladen, dann kam nichts mehr. Auf Nachfrage hieß es, man habe die Ausrichtung der Veranstaltung geändert. 2024 bei den Hamburger IT-Strategie-Tagen wurde ich ausdrücklich eingeladen und ausdrücklich wieder ausgeladen, mit Verweis auf meine Äußerungen. Für mich ist das nicht so wichtig, dann gehe ich woanders hin, ich erhalte viele Einladungen, gerade auch internationale. Aber der Community schadet es, besonders hierzulande. Es wäre im Interesse aller, das zu unterlassen.

Multipolar: *Es heißt weiterhin, man sei relativ gut durch die Zeit gekommen, so auch Franziska Hoppermann, die ehemalige Vorsitzende der Enquete-Kommission. Sie haben schon vor Jahren in Artikeln für die Zeitschrift Cicero beschrieben, was diese Zeit mit der Gesellschaft gemacht hat. Der Titel war: „Über das Monströse reden". Darin schreiben Sie vom Entzug der Handlungsmacht, der Mündigkeit und der Würde.*

Lütge: Ja, diese drei Artikel im Cicero sind nach wie vor mein wesentliches Fazit von damals, aber kein Abschlussstatement, denn mit der Aufarbeitung sollte es ja eigentlich weitergehen. Es gab noch einen Artikel ein Jahr später in Tichys Einblick, „Ist Versöhnung nach dieser Corona-Politik möglich?". Ich glaube, das ist es, was in den Kommissionen, die es jetzt gibt, bisher gar nicht adressiert wird. Dass man nicht nur, wie manche es versuchen, minutiös aufarbeitet, was damals passiert ist, welche Anweisungen es im Gesundheitsbereich gegeben hat. Das ist auch wichtig. Aber: Was ist mit unserer Gesellschaft passiert? Wie hat man den Menschen Handlungsmacht und Mündigkeit entzogen und sie plötzlich behandelt wie solche, die im Grunde keine Eigenverantwortung übernehmen können? Am Anfang der Krise war es zum Teil noch anders, es gab zumindest von einigen Politikern gelegentlich Statements dieser Art, dann verschwand es mit der Zeit immer mehr. Ich glaube, das hat sehr viel mit unserer Gesellschaft gemacht.

Multipolar: *Was genau?*

Lütge: Bei manchen ist damals mit Sicherheit ein gewisser Fatalismus entstanden: Wir können nichts ändern. Das ist sehr schlecht für eine Demokratie, wenn von oben entschieden wird und wir den Eindruck bekommen, nichts ändern zu können. Bei anderen wiederum ist die Wut gestiegen. Dazu gibt es eine Reihe von Umfragen. Wut ist ein ganz stark hervortretendes Merkmal, wenn man nach der aktuellen Stimmungslage fragt, und das hat sich über die letzten Jahre noch verstärkt. Die Politiker haben damals, glaube ich, gedacht: Wir müssen da jetzt durch, die Leute werden sich wieder abregen. Das war ein wesentlicher Fehler. Man hätte die Aufarbeitung längst beginnen müssen, und zwar nicht auf diese pseudomäßige Weise, wie sie aktuell meist stattfindet. Das läuft im Moment nicht wirklich

gut. Diese grundsätzlichen Fragen werden uns noch länger beschäftigen. Mir war damals schon klar, dass eine gesellschaftliche Aufarbeitung viele Jahre in Anspruch nehmen wird.

Multipolar: *Wenn man dem Bürger die Mündigkeit und die Würde nimmt, was bleibt dann von ihm? Wie manipulierbar ist der Mensch als Teil der Herde?*

Lütge: Viele sind lenkbar – zumindest eine Zeitlang. Und so wollten das die Politiker auch. Das kantische Motto „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen" wurde plötzlich hintangestellt. Aber es war nicht in allen Ländern so. Schweden hat von vornherein auf Eigenverantwortung gesetzt, und das hat sehr gut funktioniert. Das bestreitet heute kaum noch jemand. So hätte es in Deutschland auch funktionieren können. Es gibt jetzt jedoch Leute, die sagen: Die Menschen bei uns sind eben so, sie sind lenkbar, wollen nicht mündig sein, und wir mussten so entscheiden. Die Politiker versuchen, die Schuld von sich wegzuschieben.

Es wäre immerhin ein Schritt weiter, wenn man sagt: Vielleicht ist doch etwas schiefgelaufen. Aber nein, sie sagen: Wir sind nicht schuld, die Gesellschaft ist nunmal so. Nein, aus dieser Schuld können wir die Politiker nicht entlassen. Sie haben durch diese massive, geplante Angstmache, die Panic Papers – gemeint ist etwa das Strategiepapier aus dem Innenministerium vom März 2020 – etc., die Leute hineingetrieben, weil sie dann leichter lenkbar wurden. Das war, denke ich, genau die Kalkulation. Nicht nur in Deutschland, auch in anderen Ländern. Damit hat man im Grunde ein gesellschaftliches Experiment gestartet. Ich möchte damit nicht sagen, dass alles so geplant war. Aber diesen Punkt haben weite Teile der Politik sicher im Auge gehabt: Man kann viele Menschen leichter lenken. Wir konnten das sehen, als die Zustimmungsraten bei Merkel, bei Söder, in anderen Ländern genauso, deutlich stiegen.

Multipolar: *Das entspricht ganz und gar nicht dem offiziellen Bild, das von Deutschland gezeichnet wird. Nach dem Motto: Gib dem Bürger Bildung, dann kann er souverän werden und selbst entscheiden. Es ist das genaue Gegenteil davon.*

Lütge: Ja, das ist so fatal. Ich bin vor allem in den 80er-Jahren zur Schule gegangen, und die Lehrer, gerade die damals jüngeren, waren zum Teil aus der 68er-Generation. Das Wichtige für sie war seinerzeit: kritisch sein, selber denken. Und plötzlich soll das nicht mehr gefragt sein? Im Nachhinein sage ich: Das kann man mit einer Gesellschaft nicht machen. Wenn man auf dieser Ebene angekommen ist, muss man sich fragen: Was ist hier falsch? Gibt es eine Alternative? Kann man in einer demokratischen Gesellschaft wirklich so weit gehen? Man hätte auf die Eigenverantwortung setzen können. Aber in Deutschland fing es dann an, plötzlich wurden Fachleute ausgetauscht, die von Anfang an gesagt hatten, das Virus sei nicht so schlimm. Genauso sprach auch Herr Drosten noch anfangs – und dann kam plötzlich der politische Umschwung. Auch die Schweizer haben zum Beispiel viel stärker auf Eigenverantwortung gesetzt als Deutschland.

Das fand ich besonders schlimm. Zu einer Zeit etwa, als andere Länder im Frühjahr bis Sommer 2022 alle Maßnahmen beendet hatten, ließ man es in Deutschland weiterlaufen. Der erste Lockdown, später der lange zweite Lockdown, mir war schnell klar, dass diese lange Dauer der drastischen Maßnahmen etwas mit einer Gesellschaft anrichten würde. Und man behauptete weiterhin Dinge, von denen wir heute wissen – und auch mindestens zu weiten Teilen damals schon wissen konnten –, dass sie nicht stimmen. Wie die Effektivität der Impfung und die Übertragbarkeit. Es gab keinen Fremdschutz durch die Impfung. Und die erwähnte Wut der Bürger wächst deutlich.

Die wirtschaftlichen Probleme kommen nun auch noch hinzu, aber das allein ist es nicht. Wenige trauen sich, wirklich anzusprechen, dass Wahlerfolge zum Beispiel der AfD damit zu tun haben. Die Politik unterschätzt völlig, dass die Unterdrückung der Mündigkeit auf lange Sicht Auswirkungen haben muss. Natürlich gibt es noch andere Probleme, aber ich glaube nicht, dass das Migrationsproblem das einzig zentrale ist. Es ist insgesamt ein Vertrauensverlust. Der Verlust eines Grundvertrauens in die Institutionen, das wir in Deutschland insbesondere hatten, eigentlich seit dem Krieg, auf jeden Fall bis zu Helmut Kohl und vielleicht sogar noch am Anfang der Regierungszeit von Angela Merkel.

Multipolar: *Nun kommt immer wieder der Vorwurf: Kritiker an der Corona-Politik, Kritiker der Regierung, das seien Leute, welche die Demokratie infrage stellen.*

Lütge: Das ist ein Punkt, den ich überhaupt nicht nachvollziehen kann. Die Meinungsfreiheit wurde in der Corona-Zeit mit Füßen getreten. Wie auch in meinem Fall. Man hat versucht, Kritiker zu entfernen, sie aus den entsprechenden Stellen zu entsorgen. Dasselbe hat man auf den Social Media-Plattformen versucht. Auf Facebook, Youtube, und damals auch auf dem alten Twitter wurde stark zensiert – bis zum Kauf durch Elon Musk im Jahr 2022. Und die Meinungsfreiheit ist ein zentrales Moment von Demokratie. Es spielte historisch gesehen immer eine starke Rolle. Pressefreiheit war immer ein wesentlicher Faktor, manchmal sogar wichtiger als die genauen parlamentarischen Mechanismen. Es muss Auswirkungen haben, wenn man diese so gravierend beschneidet wie während der Corona-Zeit. Das Vertrauen in die Regierung, in fast alle Parteien, ist dadurch massiv verloren gegangen.

Multipolar: *Wie beurteilen Sie die Arbeit der Corona-Enquete-Kommission des Bundestages?*

Lütge: So wie diese Kommission derzeit aufgesetzt ist, kann keine ernsthafte Aufarbeitung stattfinden. Das habe ich mehrfach kritisiert. Mehreres ist untragbar: die Begrenzung der Redezeiten und das Verbot, bestimmte Inhalte und Grafiken zu zeigen. Aufarbeitung braucht Zeit. Kritikern muss man Raum geben, sonst wird die Enquete-Kommission sinnlos. Welches Format wäre richtig? Anfangs war ich zwiegespalten. Vielleicht braucht es doch eher Untersuchungsausschüsse – das geht aber oft erst nach politischen Umwälzungen.

In den USA sieht man, wie so etwas laufen kann: Das Fauci-Verfahren ist wichtig, und ich hätte nicht erwartet, dass es so schnell so weit kommt. Durch die veröffentlichten Tagebücher von Anthony Fauci kam einiges ans Licht. Ein Ausschuss muss wie dort die Macht haben, etwas zu verändern. Erschwert wird das in den USA durch seine pauschale Begnadigung; offen ist, ob sie alles abdeckt. Aber immerhin kam der Prozess überhaupt in Gang. So etwas wäre auch in Deutschland sinnvoll. Sonst kommt die Aufarbeitung nicht voran. Eilig ist es nicht: Die Handelnden sind noch nicht über 80, wie Fauci. In diese Richtung sollten wir irgendwann gehen – wann, weiß ich nicht.

Multipolar: *Die meisten Sachverständigen und Mitglieder der Enquete-Kommission waren während der Corona-Zeit für die Impfung und für die Maßnahmen.*

Lütge: Man sollte mehr externe Experten laden. Derzeit stehen oft bestimmte Kritiker den unbedingten Befürwortern gegenüber. Ich bin mehrfach für Kommissionen und Ausschüsse auf Landesebene angefragt worden und musste aus Zeitgründen absagen. Sinnvoll fände ich es, als externer Experte dabei zu sein und zu berichten. Das gilt auch für andere. Aber solange man das Gespräch mit den Kritikern nicht ernsthaft sucht, wird es keine wirkliche Aufarbeitung geben.

Multipolar: *Worin liegen aus Ihrer Sicht die Gründe dafür, dass sehr viele Politiker, Journalisten und Experten das verlorene Vertrauen der Bürger nicht zurückgewinnen wollen, sondern sich im Gegenteil immer mehr in ihren Positionen einkapseln?*

Lütge: Das ist eine sehr gute Frage, denn dieser Eindruck drängt sich in der Tat oft auf. Diese Leute scheinen in einem Moral-Narrativ gefangen zu sein, das sich seit Jahren gegen alle Kritiker abschottet und nicht zur Kenntnis nimmt, dass sich die Welt verändert hat. So nach dem Prinzip „Augen zu und durch" – nur wird es ein „durch" nicht mehr geben. Einigen politischen Gruppierungen nützt dieses Narrativ noch, sie profitieren davon. Aber viele Bürger schon lange nicht mehr – und sie wenden sich ab.

Multipolar: *Herr Lütge, noch eine abschließende Frage. Halten Sie es für möglich, dass Kritiker, die ein offizielles Narrativ nicht bedienen, zukünftig wieder in gravierender Weise belangt werden?*

Lütge: Meines Erachtens hat sich die Öffentlichkeit verändert, es findet ein Strukturwandel statt. Wesentlich war, wie erwähnt, der Kauf von Twitter durch Elon Musk. Einschränkungen werden zwar immer wieder versucht, aber ich glaube, auch die EU schafft das nicht mehr lange. Selbst wenn so etwas noch einmal versucht würde: Die Gegenstimmen sind zu laut, und nicht nur in den sozialen Medien. Andere Medien haben inzwischen Gewicht, nicht immer so, wie man es sich wünscht. Der Anspruch einseitiger Deutungshoheit ist aufgebrochen. Man sieht es an einzelnen Fällen. Die Richterin Frauke Brosius-Gersdorf, vorgeschlagen für das Bundesverfassungsgericht, ließ sich nicht halten, auch wegen ihrer Äußerungen zu Corona und zur Impfpflicht. Das hätten die Leitmedien eigentlich selbst leisten müssen. Sie haben es nicht getan.

Also – die Öffentlichkeit hat sich gewandelt. Darauf setze ich. Immer Wenigere lassen sich nur von den etablierten Medien berieseln. Das wird sich politisch äußern, auch in der Aufarbeitung. Ich setze zudem auch auf die junge Generation.

Zum Interviewpartner: *Prof. Christoph Lütge, Jahrgang 1969, hat Philosophie und Wirtschaftsinformatik in Braunschweig, Göttingen und Paris studiert. 2005 habilitierte er zu „normativen Grundlagen moderner Gesellschaften unter Bedingungen der Globalisierung". 2010 wurde er auf den Lehrstuhl für Wirtschaftsethik an der Technischen Universität München berufen, der vom damaligen Siemens-Vorstandsvorsitzenden Peter Löscher aus dessen Privatvermögen gestiftet worden war. Seit 2019 ist er an der TU München zudem Direktor des Instituts für Ethik in der KI, dessen Gründung von Meta (Facebook) finanziert wurde, was für Kritik sorgte. Von Ende 2020 bis Anfang 2021 war er für wenige Monate Mitglied des Bayerischen Ethikrates. Zuletzt erschien sein Buch „Wirtschaftsethik in realistischer Perspektive" (Mohr Siebeck 2024).*

Weitere Interviews zum Thema:

- **„Die haben das alle ignoriert"** (Interview mit Krankenkassenchef Andreas Schöfbeck, 28.9.2026)
- **„Die junge Generation macht mir Hoffnung"** (Interview mit Theaterregisseurin Sonni Maier, 21.8.2026)
- **„Das geht im Grunde ganz einfach"** (Interview mit dem Bürger René Röderstein, 11.5.2026)
- **„„Man verliert seinen Glauben in die Institutionen"** (Interview mit Forscher Christof Kuhbandner, 9.12.2025)
- **„Das ganze Konstrukt ist eine Biowaffe"** (Interview mit Forscher Dirk Gerhardt, 12.6.2025)

- **„Die das stört, müssen demaskiert werden“** (Interview mit Mediziner Wolfgang Wodarg, 19.8.2024)
- **„Ein kulturelles Versagen“** (Interview mit Autor Michael Hüter, 21.5.2024)
- **„Menschenrechte und Menschenwürde wurden verletzt“** (Interview mit Mediziner Johannes Pantel, 13.10.2023)
- **„Heute gilt nur die gesichtslose Konformität“** (Interview mit Rechtsanwalt Alexander Christ, 10.7.2022)
- **„Das Narrativ wird zusammenbrechen“** (Interview mit Aktivistin Efrat Fenigson, 30.11.2021)
- **„In unserem Land passiert gerade Unheil“** (Interview mit Amtsarzt Friedrich Pürner, 22.11.2021)
- **„Das ist ein kalkulierter Verfassungsverstoß“** (Interview mit Richter Thomas-Michael Seibert, 19.11.2021)